

Beantwortung Wahlprüfsteine

LAG Queeres Netzwerk Sachsen vom 13. Juni 2024

Die LAG Queeres Netzwerk Sachsen ist der Dachverband der Vereine und Organisationen in Sachsen, die sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Lesbtqi Personen in allen Lebensbereichen einsetzen. Das Netzwerk betreibt in verschiedenen Bereichen Bildungs-, Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit zum Abbau von Barrieren und für mehr Chancengerechtigkeit. In Sachsen finden von Jahr zu Jahr mehr CSD-Demonstrationen statt und auch die Rechtslage hat sich für queere Menschen verbessert. Gleichzeitig steigen queerfeindliche Übergriffe und die Ablehnung gegenüber Lesbtqi* Personen an. Wir finden es deshalb unumgänglich, dass die nächste Landesregierung weiterhin einen Schwerpunkt auf das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt legt.*

1. Viele sächsische Träger fördern jeden Tag die Akzeptanz sexueller sowie geschlechtlicher Vielfalt und fangen durch qualifizierte Beratung und communitybasierte Angebote Lesbtqi* Personen in Lebens- und Notlagen auf. Wie werden Sie diese so wichtige Arbeit erhalten und stabilisieren?

Schon seit vielen Jahren setzen wir uns für die Förderung von Vereinen und Initiativen ein, die sich für ein Mehr an Vielfalt sowie den Abbau von Diskriminierung engagieren und für eine aufgeklärte Gesellschaft und ein weltoffenes Sachsen stehen. Auch in Zukunft werden wir uns dafür stark machen, dass ihnen ausreichend finanzielle Mittel zur Realisierung ihrer Arbeit zur Verfügung stehen.

Bestehende Instrumente, etwa Förderungen über die Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit und das Programm Weltoffenes Sachsen, haben wir in den vergangenen Jahren beständig ausgebaut. Diesen Kurs möchten wir fortsetzen. Um die wichtige Arbeit und die Strukturen der Selbstvertretung und Beratung besser abzusichern und auszubauen, möchten wir Mechanismen für eine langfristige Förderung etablieren und die Fördermittelverfahren vereinfachen. Dafür schenken wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Vereinen und Unternehmen mehr Vertrauen und ersetzen umfassende Nachweise durch ein echtes Stichprobenverfahren. Die Dachorganisation LAG Queeres Netzwerk Sachsen möchten wir dauerhaft fördern.

Den angestoßenen Prozess rund um die Fortschreibung des Landesaktionsplans Vielfalt bringen wir zum Abschluss und definieren Maßnahmen, um in Sachsen die Akzeptanz von vielfältigen Lebensentwürfen zu erhöhen. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen werden wir selbstverständlich mit den verschiedenen Trägern im Bereich von LGBTIQ* und Antidiskriminierung zusammenarbeiten.

2. Wie werden Sie Diskriminierung, Mobbing und Gewalt, die (gerade junge) queere Personen an sächsischen Schulen erleben, nachhaltig entgegenwirken? Wie werden Sie wegweisende Projekte an hiesigen Schulen sichern, die Antidiskriminierung vorantreiben, Lehrkräfte unterstützen und Vorurteile abbauen?

Wir bestärken Kinder und Jugendliche darin, so zu leben und sich zu definieren, wie sie das wollen. Queere Lebensentwürfe und die Aufklärung darüber gehören daher in den Lern- und Lebensalltag von jungen Menschen. Wir wollen, dass sie frei von Diskriminierung aufwachsen können, dafür braucht es Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, wie auch an allen Bildungseinrichtungen. Die Bildungsarbeit von Vereinen wie Rosalinde, Gerede und Different People schätzen wir sehr.

Wir wollen auch, dass alle Kinder und Jugendliche eine Ansprechperson bei Problemen und Herausforderungen des Alltags haben, z. B. bei queerfeindlichen Angriffen. Dafür werden wir die Schulsozialarbeit weiter ausbauen und auch die Ombudsperson gegen Diskriminierung an Schulen weiter stärken. Zudem stärken wir die außerschulische Soziale Arbeit und sorgen für eine verlässliche Finanzierung.

Kommunen prägen mit ihren Angeboten das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen erheblich. Daher darf die örtliche Kinder- und Jugendhilfe auch bei schwieriger Haushaltslage nicht ins Hintertreffen geraten. Mit einem Landesprogramm Kinder- und Jugendarbeit werden wir die Handlungsfähigkeit der Kommunen verbessern, um Angebote vor Ort zu ermöglichen.

3. Werden Sie sicherstellen, dass sachsenweit standortspezifische Beratungs- und Unterstützungsprojekte für queere Geflüchtete sowie Projekte zur Sensibilisierung der Zivilgesellschaft weiterhin gefördert werden und werden Sie Migrant*innen-Selbstorganisationen fördern?

Im Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen ist bereits festgehalten, dass die Leiterinnen und Leiter der Erstaufnahmeeinrichtungen informiert und sensibilisiert werden sollen. Außerdem wurde das Gewaltschutzkonzept für diese Einrichtungen mit Blick auf Isbtiq* Personen angepasst und sollte auch weiterhin weiterentwickelt werden.

Das sächsische Netzwerk für den Schutz, die sichere Unterbringung und die weitere Betreuung von gewaltbetroffenen Isbtiq* Geflüchteten wollen wir weiter unterstützen, genauso wie die merkmalsübergreifende Beratung. Hier sind besonders die Antidiskriminierungsarbeit und Antidiskriminierungsberatung, die wir erstmals einrichten und aufbauen konnten, wertvoll und fortzuführen.

Flüchtlingssozialarbeit soll Wissen über das Leben und die nötigen (ersten) Schritte in Sachsen vermitteln, Integrationsanschub sein sowie besonders vulnerablen Gruppen ihren Bedürfnissen entsprechende Unterbringung und Versorgung sichern. Wir werden sie weiterführen. Alle Geflüchteten, ob minderjährig oder erwachsen, ob allein oder mit Familie geflohen, ob aus der Ukraine oder aus anderen Krisen- und Kriegsregionen, haben einen Anspruch, menschenwürdig untergebracht zu werden. Im Idealfall möglichst bald in dezentralen Wohnungen.

Das Sächsische Teilhabe- und Integrationsgesetz wurde von uns auf den Weg gebracht. Es verdeutlicht, dass Integration keine vorübergehende Aufgabe ist, sondern fester Bestandteil in unserer Gesellschaft. Wir werden es mit allen Akteur:innen in Sachsen weiterentwickeln. Integration findet vor Ort statt. Dort müssen Menschen ankommen können, Kontakt und Unterstützung finden sowie Angebote für Freizeit und Arbeit haben. Zur Teilhabe gehört für uns auch, dass Migrantinnen und Migranten sich organisieren und ihre Interessen und Themen mit starker Stimme vertreten können. Daher werden wir Migrant:innenselbstorganisationen unterstützen und fördern.

4. Wie werden Sie die Anzeigebereitschaft von Isbtiq* Personen erhöhen, die von strafrechtlich relevanter Gewalt betroffen sind und werden Sie das Thema Queerfeindlichkeit in den Feldern Gewaltprävention, Aus- und Fortbildung von Polizei und Justiz, Ansprechpersonen und Opferhilfe etablieren?

Weil Rassismus, Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht nur das gesellschaftliche Klima vergiften, sondern für betroffene Menschen auch eine große Gefahr für Leib und Leben sind, stehen wir für die Förderung von Präventionsarbeit und eine konsequente Strafverfolgung ein.

Um die Anzeigebereitschaft zu erhöhen, möchten wir das Vertrauensverhältnis zwischen Isbtiq* Personen und der Polizei weiter verbessern. Im Rahmen der sächsischen Polizeiarbeit haben wir dafür gesorgt, dass Ansprechpersonen für Isbtiq* Personen in der Polizei Sachsen etabliert wurden, die sich verantwortlich fühlen und dafür qualifiziert sind. Außerdem können Hasskommentare nun leichter und schneller über die Online-Wache angezeigt werden. Betroffene können sich u.a. an die spezialisierte Zentrale Ansprechstelle für Opfer (rechts-)extremistischer Bedrohungen (ZASTEX) wenden und dort Hilfe erwarten.

Wie bei der Polizei, so möchten wir auch bei der Staatsanwaltschaft Ansprechpersonen für Isbtiq* Personen einsetzen und weiten das bei der Leipziger und Dresdner Staatsanwaltschaft bestehende Pilotprojekt auf alle sächsischen Staatsanwaltschaften aus. Wir machen uns zudem stark für die Einführung von verpflichtenden Weiterbildungen von Richter:innen und Staatsanwält:innen in diesem Bereich sowie in Rechtsbereichen, in denen sich durch neue Rechtsentwicklungen wie das Selbstbestimmungsgesetz Veränderungen ergeben. Mit ZORA, der zentralen Anlaufstelle für Opfer von Rechtsextremismus und Antisemitismus, bieten wir zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Ziel von extremistischen Anfeindungen oder Gewalt geworden sind, direkte Ansprechpartner bei der Generalstaatsanwaltschaft Dresden und stärken durch Beratungs- und Unterstützungsangebote den Opferschutz.

5. Was halten Sie der gesellschaftlichen Polarisierung und Ablehnung gegenüber gleichberechtigter Sichtbarkeit, Schutz und Teilhabe von Lesbtiq* Personen entgegen? Welchen Handlungsbedarf sehen Sie dahingehend in Sachsen? Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dem entgegenzuwirken?

Mit Sorge beobachten wir den Anstieg aggressiven Verhaltens gegenüber queeren Menschen. Die Angriffe gegen queere Menschen und Feminist:innen nehmen in Sachsen stetig zu – in Worten und Taten. Besonders wichtig ist uns daher der Gewaltschutz für queere Menschen. Hierfür braucht es effektive Schutzkonzepte und mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote – in den Städten und auf dem Land – sowie eine landesweite Kampagne gegen Queerfeindlichkeit.

Die Propaganda gegen Gleichstellung und LSBTIQ* ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, auch antifeministische Bewegungen erstarken. Dem müssen wir mit Aufklärung und Bildungsarbeit entgegentreten, um einer drohenden gesellschaftlichen Rolle rückwärts entgegenzuwirken. Projekte müssen hierfür bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützt werden. Das gilt insbesondere auch für die Aufklärung an Schulen. Das Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus werden wir fortschreiben und dabei noch stärker eine intersektionale Perspektive einnehmen.

6. Wie werden Sie eine bedarfsgerechte Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von älteren Lesbtiq* Personen in allen Bereichen der Senior*innenpolitik und der Altenhilfe sicherstellen, insbesondere bei der Förderung von Projekten zu selbstbestimmtem und gemeinschaftlichem Wohnen?

Vielen älteren Lesbtiq* Personen bereitet das Thema Wohnen und Pflege im Alter Sorgen und es ist mit Ängsten verbunden, die auf Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung basieren. Eine konkrete Befürchtung ist, im betreuten Wohnen und in der Pflege mit Personal konfrontiert zu werden, das die besondere Situation dieser Personengruppen nicht versteht und auf individuelle Bedürfnisse nicht eingehen kann oder will. Zu oft bestätigen sich Sorgen vor Ausgrenzung und Isolation. Daher sind Lesbtiq* Personen im Alter auf ein Umfeld angewiesen, das ihre besonderen Bedürfnisse kennt und achtet sowie bei der Betreuung und Pflege berücksichtigt.

Dem kann mit einer stärkeren, wohnortnahen und generationenübergreifenden Vernetzung von Lesbtiq* Personen im Alter entgegengewirkt werden. Wohnprojekte, Mehrgenerationenprojekte und altersgerechte Wohnformen, die das Zusammenleben von Lesbtiq* Personen ermöglichen und fördern, sind Ausdruck einer fortschrittlichen Wohnungspolitik. Die Unterstützung solcher Projekte durch Sensibilisierung zuständiger Stellen ist zwingend notwendig. Darüber hinaus unterstützen wir einen Dialog zwischen Vertretern von Lesbtiq* Personen und Vertretern der Altenpflege in Sachsen über Diskriminierungserfahrungen im Bereich der Altenhilfe. Dies kann zur Sensibilisierung von Pflegeleitungen und Pflegekräften sowie zur Schaffung eines offenen Klimas für Lesbtiq* Senior:innen und Pflegebedürftige beitragen.

7. Wie werden Sie einen sensiblen und qualifizierten Umgang mit Lesbtiq* Personen durch das medizinische und Gesundheitspersonal, Kranken- und Pflegekassen, Einrichtungen der Gesundheitsförderung und -prävention sicherstellen und damit Zugangshürden und Versorgungslücken für diese Menschen abbauen?

Eine schlechtere Gesundheitsversorgung, psychische und physische Gewalt sowie ein höheres Risiko von psychischen Krankheiten und Suizid betroffen zu sein – all das gehört zu den Erfahrungen, die Lesbtiq* Personen bis heute machen. Die Angst vor Diskriminierung kann für nicht wenige Menschen mit nicht heterosexueller Orientierung aber auch ein Grund sein, medizinische Versorgungsangebote nicht wahrzunehmen oder bei einer Behandlung die eigene sexuelle Orientierung zu verschweigen. Dabei sind es gerade Lesbtiq* Personen, die auf eine umfassende Gesundheitsversorgung und psychologische Unterstützung angewiesen sind. Denn rigide Geschlechtervorstellungen, Vorurteile gegenüber oder die Ablehnung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie Gewalt an Lesbtiq* Personen nehmen zu. Nicht selten leiden Lesbtiq* Personen überdurchschnittlich häufig an psychischen Problemen, haben mit Sucht zu kämpfen oder können nicht mit Mediziner:innen ihres Vertrauens über ihre Bedürfnisse und Erfahrungen sprechen.

In Sachsen hat Gesundheitsministerin Petra Köpping das „Sächsische Aktionsprogramm zu HIV/Aids und sexuell übertragbaren Infektionen“ 2023 umfassend überarbeitet. Schwule und MSM sind wichtige Gruppen der HIV- und STI-Prävention, denn sie stellen – trotz großem Rückgang – sowohl im Hinblick auf die Zahl der Menschen, die in Deutschland mit einer HIV-Infektion leben, als auch in Bezug auf die HIV-Neuinfektionen die größte Gruppe dar. Dies gilt auch für bestimmte STI wie die Syphilis. Wir unterstützen die Sächsische Aidshilfe und die Gesundheitsämter bei der Initiierung, dem Aufbau und der Weiterentwicklung spezifischer Präventionsangebote. Auch das Transgender-Netzwerk am Universitätsklinikum Leipzig ist eine wichtige Anlaufstelle und ein großer Fortschritt für Betroffene. Wir werden einen Dialog mit der Landesärztekammer initiieren, um zu klären, wie medizinische Fachkräfte in Aus-, Fort- und Weiterbildung für spezifische Belange von Lesbtiq* Personen und Lesbtiq* Familien sensibilisiert werden können.

8. Wie werden Sie Bewusstsein und Handlungskompetenz von Unternehmen, Kammern, Arbeitgebervertretungen sowie der Landes- und Kommunalverwaltung für Queerfeindlichkeit fördern, damit der Diskriminierung von Lesbtiq*-Arbeitnehmer*innen entgegen gewirkt und ihr Gesundheitsbedarf berücksichtigt wird?

Die SPD setzt sich für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ein, in der sich jeder Mensch frei entfalten kann. Diskriminierung darf somit auch am Arbeitsplatz keinen Raum haben. Uns ist jedoch bewusst, dass wir es hier mit langjährigen gesellschaftlichen Prozessen zu tun haben. Wichtig ist uns daher, für die Belange von Lesbtiq* Arbeitnehmer*innen zu sensibilisieren und Diskriminierung weiterhin gezielt entgegenzuwirken. Ein wesentliches Instrument hierzu ist das 2004 von der sächsischen SPD initiierte Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“, das Strukturen und Expertise im Bereich der demokratischen Bildungsarbeit in Sachsen sichert und auch spezifische Projekte und

Projektbestandteile fördert, die sich an Arbeitgebende richten. Das Programm „Weltoffenes Sachsen“ ist im Haushaltsjahr 2024 mit 9,52 Millionen Euro ausgestattet. Wir wollen das Programm fortführen und stärken. Des Weiteren können über die Richtlinie Chancengleichheit im Rahmen des Landesaktionsplans Vielfalt entsprechende Projekte beispielsweise in Kommunen oder Unternehmen gefördert werden.

Fort- und Weiterbildung sind für uns ein wesentlicher Schlüssel, um einen diskriminierungssensiblen Umgang in der Verwaltung zu erreichen. Das Führungspersonal in der sächsischen Verwaltung sehen wir aufgrund seiner Vorbildfunktion dabei in einer besonderen Verantwortung. Aus- und Weiterbildungsangebote im Antidiskriminierungsbereich, die auch Lsbtiq* Belange thematisieren, möchten wir an der HSF Meißen stärken und bedarfsgerecht ausbauen. Darüber hinaus existieren inzwischen in allen Behörden des Geschäftsbereichs der Staatsregierung Beschwerdestellen gemäß §13 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Nach Inkrafttreten des Gesetzes wurden Schulungen für alle Bediensteten im öffentlichen Dienst der Landesregierung zum AGG durchgeführt, hierbei wurden auch für Lsbtiq* Belange sensibilisiert. Auch in Zukunft werden wir Bedienstete des Landes Sachsen durch entsprechende Weiterbildungs- und Schulungsangebote entsprechend informieren und sensibilisieren.

9. Wie werden Sie die Lebenssituation von queeren Familien, beispielsweise bei der Familiengründung, verbessern? Wie werden Sie langfristig die Berücksichtigung der Bedarfe junger trans*, inter* und nicht-binärer Menschen in den Strukturen der sächsischen Kinder- und Jugendhilfe sichern?

Wir stehen für eine Politik des Respekts gegenüber Familien, die dafür sorgt, dass Kinder und Jugendliche und ihre Eltern gut miteinander leben und füreinander da sein können. In Sachsen sollen alle Familienformen Akzeptanz und Unterstützung finden, denn Familie ist vielfältig und überall dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Daher begrüßen wir die geplante Reform des Abstammungsrechts auf Bundesebene. Ziel ist u.a. die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren sowie mehr Rechtssicherheit für Samenspenden durch Elternschaftsvereinbarungen. Wir möchten queere Familien in der Familiengründung unterstützen, daher setzen wir uns für eine finanzielle Unterstützung bei Kinderwunschbehandlungen von gleichgeschlechtlichen Paaren ein. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir in Fortbildungen und bei der Fachberatung zum Thema LSBTIQ* stärker sensibilisieren und auch staatliche Beratungsstellen stärker für die Bedarfe von Lsbtiq* Familien, Kinder und Jugendliche aufschließen. Von besonderer Bedeutung ist für uns die queere Bildungsarbeit an Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die wir finanziell absichern wollen.

10. Wie werden Sie Diskriminierungen anhand der sexuellen und der geschlechtlichen Identität in den sächsischen Sportverbänden sowie deren Gliederungen abbauen und somit für mehr gleichberechtigte Teilhabe von insbesondere trans*, inter* und nicht-binären Menschen im Breiten- und Leistungssport sorgen?

Die politische Einflussnahme und Steuerung von Prozessen im Sport hat nur eine bedingte Wirksamkeit bzw. ist in einem freiheitlichen Land auch nur begrenzt möglich und wünschenswert. Was Politik leisten kann, ist, Anreize und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Verbände selbst auf den Weg machen können. Und das geschieht auch. Der Landessportbund sensibilisiert nicht nur auf seiner Homepage über die spezifischen Belange, sondern empfiehlt auch Träger für Weiterbildungen und übernimmt über sein Bildungswerk anteilig die Kosten. Die entsprechenden Mittel dafür im nächsten Haushalt abzusichern, ist für uns wichtig. Und natürlich nutzen wir die uns zukommende Öffentlichkeit, um für Themen der gleichberechtigten Teilhabe von lsbtq* Personen, zu sensibilisieren, aufmerksam zu machen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Also: den Rahmen, und hier ist politisch meist der finanzielle Rahmen gemeint, setzen wir. Für die Umsetzung, also Strukturen, Bildungsangebote, Anlaufstellen schaffen – Stichwort Nachhaltigkeit und Selbstwirksamkeit –, sind die Verbände selbst gefragt.